Palmölplantagen: ein Wunder zwischen mangelhafter Unternehmensführung und fortdauernder Ausbeutung

Artikel herunterladen

Zusammenfassung

Präsident Prabowo Subiantos Bezeichnung der Ölpalme als „Wunderpflanze“ spiegelt den Optimismus der Regierung gegenüber diesem strategisch wichtigen Rohstoff wider. Tatsächlich lässt sich Palmöl sowohl zu Lebensmitteln als auch zu Energie verarbeiten und ist eine tragende Säule der Deviseneinnahmen. In Zahlen wirkt die Pflanze wie ein Wunder: Sie trägt zum Handelsbilanzüberschuss bei, beschäftigt Millionen Menschen und liefert Rohstoffe für Nahrungsmittel und erneuerbare Energie. Hinter den glänzenden makroökonomischen Statistiken verbirgt sich jedoch eine selten beleuchtete Wirklichkeit: systematische Zwangsarbeit und Menschenhandel auf den Plantagen.

Dieser Beitrag stellt Erkenntnisse über Beschäftigte aus Ost-Nusa Tenggara (NTT), West-Nusa Tenggara (NTB), Java und Sumatra sowie aus lokalen Gemeinschaften Kalimantans vor. Gestützt auf zivilgesellschaftliche Untersuchungen, unabhängige Recherchen, nationales Recht und internationale Arbeitsnormen zeigt er, wie mangelhafte Anwerbung, Schuldknechtschaft, Freiheitsbeschränkungen und fehlender Rechtsschutz auf Westkalimantans Palmölplantagen ein System moderner Sklaverei geschaffen haben. Die Ergebnisse wurden 2025 den Regionalbehörden, dem Arbeitsamt der Provinz und zuständigen Ministerien übermittelt. Bislang wurden jedoch keine entschlossenen Maßnahmen gegen die Unternehmen ergriffen. Angesichts wachsender globaler Anforderungen an ethische Arbeitsbedingungen droht Indonesien ein schwerer Reputationsschaden, wenn es die Arbeitsbeziehungen in diesem strategischen Sektor nicht umgehend verbessert.

A. Einleitung

Bei der Koordinierungstagung von Zentral- und Regionalregierungen 2026 in Sentul betonte Präsident Prabowo Subianto begeistert, dass die Ölpalme Nahrungsmittel und Energie liefern und die Deviseneinnahmen tragen könne. Das entspricht den Prognosen von GAPKI: Für 2025 wurden 56–57 Millionen Tonnen nationales Rohpalmöl (CPO) und für 2026 ein Wachstum von 4–5 Prozent angestrebt. Dem Sektor werden rund 16,5 Millionen direkte und indirekte Arbeitsplätze zugeschrieben.

Diese „Wundererzählung“ muss kritisch betrachtet werden. Erleben alle Beteiligten der

Lieferkette dieses Wunder? Oder profitieren nur wenige Großkonzerne und Oligarchen, während indigene Gemeinschaften ihr Land verlieren, die Rechte der am Plasma-System beteiligten Kleinbauern missachtet werden und Plantagenbeschäftigte in Ausbeutung gefangen sind?

Die Regierung hat durchaus Maßnahmen zur Durchsetzung der Ordnung ergriffen. Die Beschlagnahme von Unternehmensflächen in Waldgebieten verdient Anerkennung. Die Flächen wurden dem neuen Staatsunternehmen PT Agrinas Palma Nusantara zur Bewirtschaftung für die Energieautarkie übergeben. Die Generalstaatsanwaltschaft deckte zudem Korruption beim CPO-Export auf: Manipulierte HS-Codes des Harmonisierten Systems und Bestechung von Amtsträgern verursachten dem Volk beziehungsweise dem Staat Schäden von Rp14 Billionen.

Diese Anstrengungen sind anzuerkennen, reichen aber trotz ihrer Bedeutung kaum unter die Oberfläche. Administrative Einzelmaßnahmen lösen nicht die Wurzeln: systematisch mangelhafte Unternehmensführung, unkontrollierte Expansion und fortdauernde Ausbeutung von Menschen.

Hinter der gefeierten Wundererzählung untersuchte Teraju Indonesia, eine zivilgesellschaftliche Organisation zur Begleitung von Beschäftigten in Westkalimantan, im Dezember 2025 acht Palmölunternehmen. Dabei wurden Verstöße gegen Arbeitsrecht, Menschenrechte und Marktstandards festgestellt.

Die Ergebnisse waren erschütternd: Hinweise auf systematische Zwangsarbeit und Menschenhandel. Menschen aus NTT, NTB, Java und Sumatra sowie lokale Beschäftigte wurden mit falschen Versprechen angeworben, verschuldet, ohne Vertrag zur Arbeit gezwungen, ihrer Bewegungsfreiheit beraubt und ohne angemessene Löhne oder Sozialschutz beschäftigt. Diese Umstände erfüllen die Merkmale des Menschenhandels nach Gesetz Nr. 21/2007 sowie der Zwangsarbeit nach ILO-Übereinkommen Nr. 29, ratifiziert durch Gesetz Nr. 19/1999.

B. Oligarchie und Reichtum: ein Wunder für wenige

Hinter der Darstellung als Volksprodukt und Wunderpflanze steht eine äußerst ungleiche Landverteilung. Sawit Watch zufolge kontrollieren mindestens 25 große Unternehmensgruppen über 5,8 Millionen Hektar indonesischer Palmölplantagen. Die meisten gehören Konglomeraten, deren Eigentümer regelmäßig unter Indonesiens und der Welt reichsten Menschen rangieren.

Bild ansehen

Diese Daten bestätigen die Aussage von Sawit-Watch-Geschäftsführer Achmad Surambo: Das heutige Palmölwunder besteht in der Anhäufung von Reichtum bei wenigen Großunternehmen, nicht im Wohlstand der breiten Bevölkerung und insbesondere der Plantagenbeschäftigten.

C. Nachhaltige Ausbeutung hinter nachhaltigem Palmöl

Wenn Unternehmen von nachhaltiger Expansion sprechen, erleben Beschäftigte fortdauernde Ausbeutung. Von etwa 500.000 Plantagenbeschäftigten Westkalimantans sind schätzungsweise 80 Prozent Gelegenheits- beziehungsweise Tagelohnkräfte (BHL). Die Mehrheit dieser Beschäftigten sind Frauen, deren Rechte wie Menstruationsurlaub und andere gesetzliche Ansprüche nicht erfüllt werden.

Tania Murray Li und Pujo Semedi beschreiben in *Hidup Bersama Raksasa: Manusia dan Pendudukan Perkebunan Sawit* (2022) ethnografisch detailliert, wie Plantagenunternehmen in Westkalimantan ihre Macht verankern. Personal wird überwiegend von außerhalb angeworben; die lokale Bevölkerung gilt als niedrigere Klasse. Um Widerstand einzudämmen, nutzen Unternehmen bestimmte traditionelle Führungspersonen als Schlüssel für reibungslose Anwerbung.

D. Zwangsarbeit und Menschenhandel aus rechtlicher Sicht

Definitionen und Rechtsrahmen

Indonesien ratifizierte ILO-Übereinkommen Nr. 29 über Zwangsarbeit durch Gesetz Nr. 19/1999. Es definiert diese als „jede Art von Arbeit oder Dienstleistung, die von einer Person unter Androhung irgendeiner Strafe verlangt wird und für die sie sich nicht freiwillig zur Verfügung gestellt hat“.

Menschenhandel ist in Gesetz Nr. 21/2007 geregelt. Artikel 1 Absatz (1) beschreibt „die Anwerbung, Beförderung, Unterbringung, Versendung, Verbringung oder Aufnahme einer Person mittels Gewaltandrohung, Gewalt, Entführung, Einsperren, Fälschung, Täuschung, Missbrauch von Macht oder einer verletzlichen Lage, Schuldknechtschaft oder Zahlungen beziehungsweise Vorteilen, um die Zustimmung einer Person zu erhalten, die eine andere kontrolliert, innerhalb eines Landes oder grenzüberschreitend, zum Zweck der Ausbeutung oder mit der Folge, dass die Person ausgebeutet wird“.

Auf Palmölplantagen greifen beide Praktiken häufig ineinander. Unternehmen oder ihre Anwerber machen falsche Versprechen, verschulden Beschäftigte, schränken ihre Bewegungsfreiheit ein und nutzen ihre Arbeit ohne angemessenen Schutz aus. Dieses Szenario erfüllt sowohl Merkmale der Zwangsarbeit als auch des Menschenhandels.

E. Internationale Standards und globaler Marktdruck

Weltweit wächst der Druck, Menschenrechtsstandards einzuhalten. NDPE – keine Entwaldung, keine Erschließung von Torfböden, keine Ausbeutung – gilt inzwischen als Mindestanforderung des internationalen Marktes. „Keine Ausbeutung“ verlangt die Achtung von Vereinigungsfreiheit, angemessenen Löhnen und sicheren Arbeitsbedingungen.

Die Europäische Union verabschiedete kürzlich die CSDDD, die Unternehmen zu menschenrechtlicher und ökologischer Sorgfalt in ihren Lieferketten verpflichtet.

Menschenrechtliche Sorgfaltsprüfung (HRDD) war bereits zuvor ein von den Vereinten Nationen empfohlener Rahmen, um negative Folgen zu erkennen, zu verhindern und zu mindern.

INFID, das International NGO Forum on Indonesian Development, verweist auf vorhandene nationale Regelungen und regionale Verpflichtungen, deren Umsetzung jedoch schwierig bleibt. „Koordinierung, Aufsicht und die Gewährleistung der Rechte von Betroffenen, insbesondere Frauen und verletzlichen Gruppen, sind im Justizsystem und beim Zugang zu Abhilfe weiterhin schwach“, schreibt Syafira Khairani, Network and Advocacy Lead von INFID.

F. Problematische Anwerbung als Eingangstor zur Ausbeutung

Süße Versprechen, bittere Wirklichkeit: Häufig beginnt die Anwerbung mit hohen Löhnen, leichter Arbeit und guten Einrichtungen. Die Kandidaten kommen aus NTT, NTB, Java, Sumatra und lokalen Gemeinschaften. Vermittler sind nach den Felderkenntnissen meist selbst Beschäftigte aus demselben Dorf oder Verwandte. Die Geschäftsleitung unterstützt sie, stellt die Anwerbung später aber als private Initiative dar. Diese Vermittler sind keine zugelassenen Arbeitsvermittlungen.

Ergebnisse: Zwangsarbeit und Menschenhandel

Irreguläre Anwerbung

Teraju Indonesia und der Verband der Gewerkschaften der Palmölplantagenbeschäftigten Westkalimantans dokumentierten unterschiedliche Fälle. Einer der tragischsten betrifft ein Ehepaar, dem Arbeit in Pangkalan Bun versprochen wurde. Stattdessen kam es nach Semitau im Bezirk Kapuas Hulu. Die schwangere Frau musste ohne Absicherung weiterarbeiten und erhielt keinen Lohn, angeblich wegen Abzügen für die Reisekosten.

Auch in einem Unternehmen in Simpang Hulu, Ketapang, erhielten aus NTT angeworbene Beschäftigte keinerlei Absicherung. Ein Kleinkind erkrankte ohne BPJS-Schutz. Ähnlich bei einer Gunnas-Group-Tochter mit Konzessionen in Toba und Meliau, Sanggau: Vermittler aus denselben Dörfern warben Menschen aus NTT an. Sie arbeiteten ohne Krankenversicherung, ihre Lohnabzüge wurden durch die Anwerber koordiniert. Vier Beschäftigte flohen.

Schuldknechtschaft als Kontrollmittel

Ein zentrales Zwangsarbeitsmerkmal nach ILO-Übereinkommen Nr. 29 ist die Schuldknechtschaft, die ein Verlassen des Arbeitsplatzes verhindert. Unternehmen oder Vermittler belasten Beschäftigte mit Anwerbe-, Reise- und Unterkunftskosten und ziehen sie vom Lohn ab.

So geraten sie in einen endlosen Schuldenkreislauf. Sie bleiben aus Angst vor wachsenden Schulden oder weil das Unternehmen ihre Dokumente einbehält. Gesetz Nr. 21/2007 und ILO-Übereinkommen Nr. 29 verbieten diese Praxis ausdrücklich.

Unsicherer Beschäftigungsstatus und strukturelle Ausbeutung

Die veröffentlichte Untersuchung von Teraju Indonesia zeigt, dass viele selbst nach über fünf oder sogar zehn Jahren BHL bleiben. Artikel 59 des Arbeitsgesetzes Nr. 13/2003 untersagt jedoch befristete Verträge (PKWT) für dauerhaft anfallende Arbeit.

Dauerhafte Gelegenheitsbeschäftigung ist keine bloße Verwaltungsverletzung, sondern eine Strategie zur Kostensenkung und Schwächung der Verhandlungsmacht. BHL haben keinen schriftlichen Vertrag – entgegen Artikel 54 –, keine festen Zulagen, keine Abfindungsansprüche und keinen garantierten Sozialschutz. Sie können leicht einseitig entlassen werden.

Menschenrechtlich ist dies „moderne Zwangsarbeit“: Ohne den Verlust der Lebensgrundlage gibt es keine echte Möglichkeit, ausbeuterische Bedingungen abzulehnen. Hidayat und Offermans (2021) beschreiben, wie solche Systeme wirtschaftliche Abhängigkeit schaffen und zur Annahme unwürdiger Bedingungen zwingen.

Ungerechte und undurchsichtige Entlohnung

In mehreren Unternehmen versteht die Mehrheit weder die Lohnberechnung noch die monatlichen Abzüge. Erntekräfte werden nach geernteten Frischfruchtbündeln (TBS) bezahlt, ohne klare Regeln für Abzüge, Qualitätskriterien oder Zielprämien.

Überstunden bleiben unbezahlt, obwohl zusätzliche Ziele oder Vertretungen verlangt werden. Das verstößt gegen Artikel 78–85 des Arbeitsgesetzes und Regierungsverordnung Nr. 35/2021. Auch einseitige Abzüge für „Arbeitsgeräte“ oder „Verwaltungskosten“ ohne Zustimmung und Erklärung sind häufig.

Bei Krankheit oder Arbeitsunfällen geht der Lohn sogar mit ärztlichem Attest verloren. Die von außerhalb angeworbenen Menschen, besonders aus NTT und NTB, arbeiten überwiegend in der Ernte.

Diese Ungerechtigkeit verletzt neben dem Arbeitsrecht auch Artikel 9 des Menschenrechtsgesetzes Nr. 39/1999 über Wohlergehen und einen angemessenen Lebensstandard sowie Präsidialverordnung Nr. 111/2022 zu den Nachhaltigkeitszielen (SDGs).

Verstöße gegen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz (K3)

Die Lage ist besorgniserregend. Unternehmen stellen systematisch keine ausreichende persönliche Schutzausrüstung (APD) bereit. Beschäftigte müssen sie selbst kaufen; Ersatz bei Beschädigung verspätet sich oder bleibt ganz aus. Sie sind Pestiziden, Herbiziden und synthetischen Düngern ausgesetzt. Düngekräfte leiden unter schweren Hautreizungen durch Fruchtbündelasche und Schwindel durch chemische Dünger.

Auch die körperliche Belastung überschreitet menschliche Grenzen: Täglich sollen 600 bis 1.600 kg Dünger in sengender Sonne ausgebracht werden. Diese unrealistischen Ziele verursachen Verletzungen und extreme Erschöpfung und sind besonders für Schwangere, auch in der Frühschwangerschaft, gefährlich.

Gesetz Nr. 1/1970 verpflichtet Unternehmen ausdrücklich zur Bereitstellung von Schutzmitteln und Sicherheitseinrichtungen. Die Missachtung bedroht zudem die in Artikel 4 und 9 des Menschenrechtsgesetzes garantierten Rechte auf Leben und Gesundheit.

Einschränkung der Vereinigungsfreiheit

Kritische Gewerkschaftsfunktionäre werden häufig einseitig an entlegene Orte oder auf fachfremde Stellen versetzt. Widerspruch führt zur Kündigung, teils ohne Auszahlung zustehender Leistungen.

Unternehmen fördern konkurrierende, unternehmensnahe Gewerkschaften oder schwächen unabhängige Organisationen durch Vergünstigungen, Lohnerhöhungen für einzelne Funktionäre oder Anstellung ihrer Angehörigen. Versetzungen und Anzeichen gewerkschaftsfeindlicher Maßnahmen unterbrechen Beschwerdewege bei Ausbeutung oder Zwangsarbeit und verstärken deren Fortbestand.

Dies verletzt Artikel 28 des Menschenrechtsgesetzes Nr. 39/1999, Artikel 4 und 5 des Gewerkschaftsgesetzes Nr. 21/2000 sowie die ILO-Übereinkommen Nr. 87 und 98.

Diskriminierung von Frauen

Frauen sind mehrfach verletzlich. Sie düngen und jäten unter schwerer Belastung, während reproduktive Rechte missachtet werden. Menstruations- und Mutterschaftsurlaub werden besonders BHL verweigert. Schwangere arbeiten ohne Sonderregelung im Feld – entgegen Artikel 76 des Arbeitsgesetzes, der gefährliche Arbeit während der Schwangerschaft verbietet. Dies betraf auch eine Frau aus Sampit, Zentralkalimantan, auf einer Plantage in Semitau, Kapuas Hulu.

Chemikalien ohne Schutzausrüstung gefährden die Fortpflanzungsgesundheit, stören den Menstruationszyklus und wecken Sorgen um das ungeborene Kind, ohne dass angemessene Untersuchungen erfolgen. Hinzu kommen sexistische Kommentare, verbale Belästigung und diskriminierende Beförderungen. Wegen struktureller Vorurteile werden Frauen selten Vorarbeiterinnen. Diese Zustände verletzen die von Indonesien ratifizierte CEDAW sowie Artikel 28 und Artikel 38 Absatz (2) des Menschenrechtsgesetzes.

Fehlender Sozialschutz

Besonders auffällig ist die geringe Absicherung. Die meisten Unternehmen melden Beschäftigte, vor allem BHL, weder bei BPJS Ketenagakerjaan noch bei BPJS Kesehatan an, angeblich aus Verwaltungsgründen oder weil die Beschäftigten es „ablehnen“. Dabei verpflichten Gesetz Nr. 40/2004 über das nationale Sozialversicherungssystem und Gesetz Nr. 24/2011 über BPJS sämtliche Arbeitgeber zur Anmeldung aller Beschäftigten.

Tragischerweise werden auch Familienangehörige zu Opfern, wenn angeworbene Menschen Zwangsarbeit erleben. Dies geschah auf der Plantage von PT Aditya Agroindo in Ketapang.

Tania Murray Li und Pujo Semedi: ungleiche Machtverhältnisse

Die ethnografische Untersuchung von 2022 beschreibt detailliert die Macht in Westkalimantan, besonders bei der Anwerbung. Lokale Menschen gelten als untergeordnete Klasse; traditionelle Führungspersonen sollen Widerstand begrenzen. Li zeigt eine Hierarchie mit unterschiedlich starker Ausbeutung.

Oberschicht

CEOs, Generalmanager, Direktoren, Manager und leitende Assistenten sichern Produktion und Gewinne. Dafür erhalten sie hohe Löhne, erstklassige Einrichtungen, große Prämien und Aufstiegschancen. Zugleich stehen sie unter dem Zieldruck von Eigentümern und Aktionären.

Mittelschicht

Vorarbeiter, stellvertretende Assistenten und Sicherheitschefs stehen unter Druck von oben, erhalten aber angemessene Leistungen. Häufig sind es einflussreiche lokale Personen mit Funktionen auf Dorf-, traditioneller, Unterbezirks- oder Bezirksebene, die zugleich als Unternehmenssprecher wirken.

Unterschicht

Beschäftigte mit befristeten und unbefristeten Verträgen (PKWT/PKWTT), überwiegend indigene oder lokale Menschen, landlos gewordene Bauern und arme Zugewanderte. Sie sind die eigentliche Produktionskraft: Sie ermöglichen vervielfachte Eigentümergewinne, Privilegien der höheren Schichten und Staatseinnahmen. Dennoch werden sie am stärksten ausgebeutet.

Lis Erkenntnisse zeigen, wie diese Machtungleichheit Zwangsarbeit und Ausbeutung verletzlicher Menschen ermöglicht. Die Armut lokaler und migrantischer Beschäftigter verstärkt die Kontinuität. Das Recht trifft die Schwachen hart und die Mächtigen kaum; Gemeinschaftsführer und Regierungen verteidigen Beschäftigteninteressen nur unzureichend.

Zwangsarbeit im Rechts- und Politikrahmen

Nach Gesetz Nr. 19/1999 zur Ratifikation des ILO-Übereinkommens Nr. 29 sind zwei Elemente entscheidend: (1) Arbeit unter Strafandrohung und (2) fehlende Freiwilligkeit. Beide sind hier erfüllt.

a. Strafandrohung

Wer Arbeit ablehnt oder gehen will, muss mit Nichtzahlung, Geldstrafen, Wohnungsverlust oder körperlicher Gewalt rechnen. Einbehaltene Papiere wirken ebenfalls als Drohmittel: Ohne Dokumente können Menschen nicht weg.

b. Fehlende Freiwilligkeit

Menschen mögen zunächst freiwillig wegen hoher Lohnversprechen kommen. Sobald sie die Realität kennen, verhindern Schulden und Dokumentenentzug den Ausstieg. Dies wird als „involuntary at entry, involuntary at exit" bezeichnet: unfreiwilliger Eintritt und unfreiwilliger Austritt.

Anzeichen von Menschenhandel

Auch Gesetz Nr. 21/2007 ist einschlägig: Es gibt Anwerber, Täuschung, Missbrauch einer verletzlichen Lage durch Armut und geringe Bildung, Schuldknechtschaft und Ausbeutung. Ob Vermittler mit Unternehmen zusammenarbeiten oder Unternehmen selbst handeln, beseitigt die strafrechtliche Verantwortung nicht.

Verletzt werden außerdem ratifizierte internationale Standards und Nachhaltigkeitsmaßstäbe der Märkte beziehungsweise Käufer:

- ILO-Übereinkommen Nr. 29 durch Schuldknechtschaft und Freiheitsbeschränkung.
- ILO-Übereinkommen Nr. 87 durch Einschüchterung unabhängiger Gewerkschaften.
- UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs) durch fehlende menschenrechtliche Sorgfalt und fehlenden Zugang zu Abhilfe.

Warum geht dies weiter?

a. Schwache Rechtsdurchsetzung

Trotz ausreichender Gesetze bleibt die Durchsetzung schwach. Koordination, Aufsicht und Opferrechte bereiten auch der Justiz Schwierigkeiten. So sinken Verantwortlichkeit und Verurteilungsquoten.

b. Unzureichende Kontrolle

Die abgelegene Lage mit eingeschränktem Transport und Kommunikation ist ein ernstes Hindernis. Arbeitsinspektoren erreichen Plantagen selten. Zu wenig Personal, Geld und Kapazität sowie schwache Behördenkoordination lassen Ausbeutung unentdeckt oder unbeachtet.

c. Schwache Verhandlungsmacht

Die meisten Beschäftigten sind arm und gering ausgebildet, haben keinen Zugang zu Informationen, kennen ihre Rechte nicht und verfügen nicht über Mittel, sie durchzusetzen. Unternehmen und Vermittler nutzen dies aus.

Rohstoffkorruption und Ausbeutung

Wir erkennen vier Zusammenhänge, durch die Korruption bei natürlichen Ressourcen die Ausbeutung verstärkt:

Abgezweigte Mittel für Aufsicht und Schutz

Ein Korruptionsfall um ein Kohlekraftwerk in Westkalimantan betrifft Milliarden Rupiah, mutmaßlich bis zu Rp1,3 Billionen. Würden solche Gelder Arbeitsministerium oder Provinzarbeitsamt stärken, die Budgetmangel beklagen, ließen sich:

- mehr Inspektoren für entlegene Plantagen einsetzen,
- Transport und Unterkunft für Beschwerdeführende bereitstellen,
- Schulungen und Aufklärung über Arbeitsrechte anbieten.

Stattdessen verschwinden die Mittel. Der frühere Leiter des Provinzamtes für Arbeit und Transmigration, Hermanus, erklärte, dass begrenzte Haushaltsmittel die Kontrolle entlegener Orte erschweren.

Korruption erzeugt Straflosigkeit

Ein Korruptionsfall bei Forstgenehmigungen mit möglichen Schäden von Rp9,146 Billionen zeigt, wie Konzerne Konzessionen durch Hintertüren statt Regelbefolgung erhalten. Wer die Genehmigung erkauft, fühlt sich anschließend geschützt und immun. Beschäftigte werden ausgebeutet, weil keine Kontrolle erwartet wird; falls doch, lässt sich das Problem wie die Genehmigung „regeln".

Landraub zwingt Menschen in Lohnarbeit

Der Korruptionsfall um Forstgenehmigungen mit möglichen Schäden von Rp9,146 Billionen zeigt, dass große Unternehmen Konzessionen über Hintertüren statt durch Regelkonformität erhalten. Bei bestochenen Genehmigungen ist es kaum überraschend, dass sie sich später rechtlich immun und von ihren Hintermännern „geschützt" fühlen. So wagen sie Ausbeutung im Vertrauen darauf, nicht kontrolliert zu werden und mögliche Probleme auf dieselbe Weise zu „lösen".

Korruption und Zwangsarbeit: dieselbe Kette

Beides wurzelt in schwacher Rechtsstaatlichkeit und wachsender Kapitalmacht. Korruption ermöglicht illegitime Ressourcenkontrolle; danach wird Arbeit zur Gewinnmaximierung ausgebeutet. Beide wirken im selben System. Verantwortung tragen nicht nur Unternehmen, sondern auch Regierungen. Wird der Staat durch Korruption geschwächt, bleibt Arbeitsschutz jedoch bloße Rhetorik.

Fazit

Prabowos „Wunderpflanze" ist keine grundlose Übertreibung: Palmöl trägt erheblich zur Wirtschaft bei. Das Wunder muss aber vollständig betrachtet werden – nicht nur makroökonomisch, sondern auch im Alltag vor Ort.

Die Regierung hat Palmöl zur nationalen Priorität erklärt. Nun muss Produktion nicht nur mehr Ausstoß und Exporte bedeuten, sondern auch den Schutz der grundlegenden Rechte jener

Menschen, die diese Industrie tragen. Ohne ihre Würde bleibt das Wunder wenigen Oligarchen vorbehalten, während Millionen in Armut und Ausbeutung verharren.

Teraju Indonesia und der Gewerkschaftsverband untersuchten acht Plantagenunternehmen und fanden Probleme, die auf Zwangsarbeit, moderne Sklaverei und Menschenhandel hindeuten. Die Lage der Beschäftigten ist äußerst besorgniserregend, während Konzerne und Kapitalgeber ihre Gewinne vervielfachen.

Rohstoffkorruption und Arbeitsausbeutung sind zwei Seiten derselben Medaille: das Versagen des Staates, seine Bürger vor den Gewinninteressen weniger Eliten und Unternehmen zu schützen.

Quellen

- INFID. (2026). *Gender-Fair Justice Policies and Mechanisms: Protection of Workers' Rights and Handling of Forced Labor-Based Human Trafficking in Palm Oil Plantations.* 7.–8. Januar 2026.
- InfoSAWIT. (30. April 2025). Membangun keadilan dari perkebunan sawit: Suara HAM dari Pontianak.
- InfoSAWIT. (4. Februar 2026). Jangan sebut sawit “ajaib” selama 1.150 konflik agraria dan nasib buruh masih terabaikan.
- Li, T. M., & Semedi, P. (2022). *Hidup bersama raksasa: Manusia dan pendudukan perkebunan sawit.* Aliansi Penerbit Independen.
- Pontianak Post. (6. Mai 2025). Tragedi anak buruh sawit meninggal: Tak miliki BPJS, Disnakertrans Kalbar panggil pimpinan perusahaan.
- Teraju Indonesia. (2025). *Kerja tanpa perlindungan: Potret pelanggaran HAM di perkebunan sawit Kalimantan Barat.* Pontianak: Teraju Indonesia.
- Sawit Watch. (2026). Jangan sebut sawit “ajaib” selama 1.150 konflik agraria dan nasib buruh masih terabaikan. InfoSAWIT, 4. Februar 2026.